

Märchen sind keine Lügengeschichten!

**Sämtliche Märchen der Brüder Grimm
überbringen tiefste Lebensweisheit, also
Wahrheit.**

**Sie ist so allgemeingültig, daß jedes echte
Märchen auf Zeit- und Raumangaben
verzichtet.**

**In der dichten, dunklen Polit-Lügenwolke,
in der wir heute dank der
selbstermächtigten völkerhassenden
Globalisten und ihrer medialen Macht leben,
sind viele Zeitgenossen geneigt, die Lügen
als „Märchen“ zu bezeichnen, weil sich das
etwas netter anhört.**

**Wir sollten uns an dieser Schändung des
Ansehens unserer Volksmärchen nicht
beteiligen. Die folgende Geschichte, im
Märchenton, aber mit Raum- und Zeitangaben
erzählt, sei dennoch weitergeleitet, weil
sie eine erstaunliche Wahrheit aufdeckt:**

Ein Märchen oder die bittere Wahrheit

... Es begab sich zu einer Zeit in einem Land, das ward Deutschland geheißen. Da wohnten die kleinen Michel.

Sie hatten ihre Zipfelmützen tief ins Gesicht gezogen und wählten seit Jahrzehnten blind Regierungen, von denen sie sich immer wie-der an der Nase herumführen ließen. Wahl-versprechen wurden immer wieder gebro-chen.

Deutschland und den Micheln ging es aber sehr gut, und sie lebten im Wohlstand. Ganz stolz waren sie alle auf ihr Sozialsystem. Das war in der Welt vorbildlich und ließ nie-manden im Stich, wenn es ihm schlecht ging. Dies war wohl auch ein Grund, warum sich die Michel immer wieder gerne von ihren Regierungen täuschen ließen und trotzdem still blieben.

Eines Tages begannen die Regierungen je-doch, den Micheln zu erzählen, das So-zialsystem sei zu teuer. Und man kann wohl sagen, daß sie seit den 90er Jahren für ihr Sozialsystem immer höhere Abgaben leisten mußten, wofür sie immer weniger

Leistungen bekamen. Ganz besonders galt dies für den Bereich der Krankenkassen.

Wie könne man dieses Problem lösen? Die Politiker und Regierungen stellten viele Lösungsmöglichkeiten vor. Besser wurde jedoch nichts. Die Michel zahlten immer mehr und bekamen im Krankheitsfall immer weniger Leistungen für ihre Beiträge.

Im Ruhrgebiet saßen aber Deutsche, die hatten ihre Zipfelmützen schon vor vielen Jahrzehnten abgesetzt und ließen sich nicht für dumme Michel halten. Das waren die Redakteure der „Unabhängigen Nachrichten“*, die auch UN genannt wurden. Die hatten mal gehört, daß es seit Jahrzehnten ganz viele Sozialabkommen gäbe. Diese Abkommen würden dafür sorgen, daß deutsche Krankenkassenbeiträge ins Ausland verschleudert würden.

„Kann das denn wirklich sein?“, fragten sich die Redakteure bei den UN – und begannen zu recherchieren. So kam es, daß die UN im Jahre 1999 ein Dokument in die Hände bekamen, das bestätigte:

„Es gilt türkisches Recht.“

Da hieß es, wenn ein Türke in Deutschland krankenversichert sei, seien auch seine Familienmitglieder in der Türkei mitversichert, so zum Beispiel auch die Eltern des Türken.

Und krankenversichert war ja nicht nur ein Türke mit Arbeit; auch ein arbeitsloser und von Sozialhilfe lebender Türke war pflicht-versichert und damit auch seine Verwandtschaft in der Türkei – obwohl in Deutschland gar nichts von dem Türken eingezahlt wurde (vgl. UN 10/1999, S. 6).

„Das ist aber gemein!“, dachten sich die Redakteure bei den UN. Ein deutscher Krankenversicherter hat seine Eltern nämlich nicht über seine Beiträge mitversichert. Die müssen sich selbst versichern und eigene Beiträge bezahlen.

Und die Mutti und der Vati eines Türken sind in der Türkei mitversichert, nur weil der Sohn in Deutschland arbeitet oder gar nur Transferleistungen bezieht?

Regierung, Politiker und ihre nützlichen Idioten fühlten sich anscheinend ertappt. Was die UN herausgefunden hatten,

versuchten sie daher als „gelogen“, „volksverhetzend“ und „ausländerfeindlich“ abzutun. So änderten sie nichts an den Sozialabkommen, und die deutschen Michel zahlten weiter brav ihre immer höheren Beiträge für fremde Völker.

Die Redakteure der UN ließen aber nicht locker. „Was sind das denn für Gesetze, die uns unsere Kassenbeiträge in die Türkei zahlen lassen?“, fragten sie sich. Und wieder recherchierten sie. Das war ganz schön schwierig. Denn über diese Sozialabkommen mit der Türkei wurde von Politikern und Massenmedien nie berichtet.

Nach langem Suchen fanden sie endlich unzählige Seiten von Sozialabkommen in Bundesgesetzblättern. Der endgültige Beweis war da.

So kam es, daß die UN im Januar 2003 noch einmal ihr Dokument von 1999 vorstellen und mit Benennung der Sozialabkommen und Bundesgesetzblätter beweisen konnten:

Millionen von Euro gingen seit Jahrzehnten ins Ausland.

In Deutschland gezahlte Krankenkassenbeiträge flossen ins Ausland, z.B. in die Türkei und viele andere Staaten. Dort kamen tatsächlich Familienmitglieder in den Genuß von Geldern, die Familienmitgliedern eines Deutschen nicht zustehen (vgl. UN 1/2003, S. 9).

„Das ist gemein!“, dachten sich nun sehr viele Michel in Deutschland und zogen sich ihre Zipfelmützen aus dem Gesicht. So konnten sie erkennen: „Wir zahlen immer mehr Beiträge, bekommen immer weniger Leistung und dafür werden türkische Omas in der Türkei behandelt?“

Jetzt wurden viele Michel in Deutschland wach und waren sehr wütend. Ja, „Wutbürger“ wurden sie, kann man sagen. Sie bestellten und verteilten die Flugblätter der UN.

In nur drei Monaten wurden eine halbe Million UN-Flugblätter mit dem Bericht über die Sozialabkommen verteilt. Im Laufe des gesamten Jahres 2003 waren es insgesamt eine Million geworden.

Die erwachten Michel, nun zu klarsehenden

Bürgern geworden, hauten ihren Politikern, Ärzten, Apothekern und Sachbearbeitern bei den Krankenkassen die Flugblätter nur so um die Ohren. Sie waren ja wütend.

Doch oft bekamen sie nur Kopfschütteln als Antwort. Wieder fühlten sich Regierung, Politiker und ihre nützlichen Idioten bei ihren Machenschaften erwischt. Wieder versuchten sie, das, was die UN herausgefunden hatten, als „gelogen“, „volksverhetzend“ und „ausländerfeindlich“ hinzustellen, um Kritik im Keim zu ersticken.

Es gab sogar Strafanzeigen gegen die UN-Redakteure.

Doch die Antwort war so klar und einfach. Die Bundesgesetzblätter mit den Sozialabkommen waren echt. Man mußte sie nur lesen. Die UN hatte alles Schwarz auf Weiß abgedruckt. Die Wahrheit trat offen zutage.

So begab es sich, daß in Deutschland der Damm gebrochen war. Eine Million Flugblätter mit belegten Tatsachen und so viele „Wutbürger“ konnten nicht ignoriert

werden.

Zahlreiche Leserbriefe erschienen mit den In-formationen, die die UN gefunden hatten und viele große Zeitungen berichteten über die Sozialabkommen. Manch große Tageszeitung hatte dabei sogar 1:1 den Wortlaut der UN-Flugblätter übernommen, weil sie so gut recherchiert waren (vgl. UN 5/2003, S.10; UN 7/2003, S.10).

Eine Kirchenzeitung bekam dafür aber schlimmen Ärger, weil die Beweise der UN angeblich „Fremdenhaß“ darstellten (vgl. UN 6/2003, S.8). Man könnte zwar auch nicht das Gegenteil beweisen, weil es die Sozial-abkommen wirklich gab. Aber als „Frem-denhaß“ durfte man sie in Deutschland na-türlicher nicht beachten. So waren die deut-schen Michel halt (um)erzogen worden.

Es kam sogar zu einer Anfrage im Bundestag durch den damaligen CDU/CSU-Abgeordne-ten **Martin Hohmann**, was diese Sozialabkom-men mit anderen Ländern Deutschland und die Steuerzahler kosten würden. Das waren alleine für die Türkei und alleine für die

**Jahre 1998 und 1999 fast 12 Millionen Euro
(UN 3/2003, S.6).**

**Das Sozialabkommen mit der Türkei gibt es
aber seit 1965 noch heute im Jahr 2011!
Und es gibt bis heute noch viele Abkommen
mehr dieser Art! Oh, oh, oh, das ist wohl
verdammte viel Geld, das wir Jahr für Jahr
gezahlt haben und zahlen!**

**Eine Partei namens CSU wollte zu dieser
Zeit bei den aufgewachten „Wutbürgern“
Wähler-stimmen sammeln. Daher forderten
sie schließlich im Bundestag, die teuren
Sozial-abkommen mit der Türkei und Ex-
Jugo-slawien zu kündigen (vgl. UN 6/2003,
S.2).**

**Was, lieber Leser, mag seit 2003 in Sachen
Sozialabkommen mit der Türkei und anderen
Ländern geschehen sein? Ganz einfach:
Nichts!**

**Wie seit Jahrzehnten haben sich fast alle
Mitglieder von solchen taktischen Manövern im
Bundestag täuschen lassen. Und mündige
Deutsche gab es zu wenig. Kein einziges
der teuren Sozialabkommen wurde daher bis
heute gekündigt.**

Die Deutschen aber zahlen immer und immer höhere Beträge für ihre Krankenkassen und bekommen immer und immer weniger Leistungen zurück. Die Wut der Michel hatte sich nach einigen Jahren wieder gelegt, obwohl sich nichts änderte.

Aus Wut wurde aber im Jahr 2010 neuer Mut. Viele Mutbürger forderten in einer öffentlichen Petition, diese Sozialabkommen anzupassen, damit nicht mehr deutsche Krankenkassenbeiträge an Personen im Ausland fließen, die das Geld niemals bekämen, wenn sie Deutsche in Deutschland wären ([vgl. UN 12/2010, S. 7](#)).

Wenn sich der Bundestag nicht mit diesem Thema befaßt, wird es diese Sozialabkommen auch weiterhin geben. Bis eines Tages noch viel mehr Michel zu Mutbürgern werden ...

Hat sich hier bis zum Jahre 2023 etwas geändert?

Nein, diese „humanistische“ Methode, die Deutschen auszurauben, sehen wir inzwischen auf vielen Gebieten, auch bei Kriegen, die uns nichts angehen. Wie sagte **Joschka**

Fischer zum Geld der Deutschen:

Hauptsache, sie haben es nicht.

Heute zerbrechen sich die „Gutmenschen“ im Bundestag die Köpfe darüber, ob „der Rechtsstaat“ – welcher? – kriminelle Asylbewerber in ihr Heimatland abschieden dürfe. Der „Südkurier“:

In die Folter oder in den Tod darf der Rechtsstaat niemanden schicken, sonst stellt er sich selbst infrage ...

Aber nicht nur die ausländischen Abzocker, sondern auch die ausländischen Mörder sollen es bei uns in unserem grandiosen „Rechtsstaat“ Deutschland gut haben.

Anmerkung

*) von „Wikipedia“, dem Welt-Wahrheitsministerium, als „rechtsextrem“ eingestuft